



## EU-Datenschutz-Grundverordnung



### Eine Betrachtung aus Sicht eines Klinikums

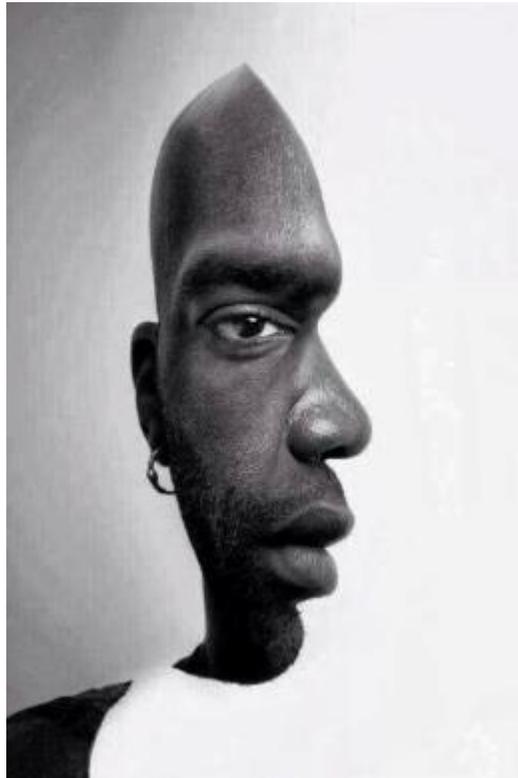
**Dr. med. Christian Braun M.A.**

Geschäftsführer  
Ärztlicher Direktor  
Klinikum Saarbrücken

**5. Saarländischer Medizinrechtstag**

01. Dezember 2018

LÄK Saarbrücken



Immer wenn Sie dieses Bild sehen ist das der Hinweis, dass hier meine Sichtweise wieder gegeben ist.

Ihre Sicht der Dinge mag vielleicht punktuell eine andere sein.

Ja, sie mag an der ein oder anderen Stelle auch „lobbygefärbt“ und formaljuristisch diskussionswürdig sein, aber mein Auftrag lautet ja, eine **Betrachtung aus der Sicht eines Klinikums** vorzunehmen.

# Um was geht es überhaupt ?

Mit der Datenschutzgrundverordnung wurden EU-weit geltende einheitliche Datenschutzstandards eingeführt, die den **Anforderungen des digitalen Wandels** Rechnung tragen und den **Schutz des Bürgers, seiner Privatsphäre und seiner persönlichen Daten** vor Missbrauch gewährleisten sollen.

Die Verordnung löst die bislang geltende **EU-Datenschutzrichtlinie** aus dem Jahr **1995** ab, die noch aus den Anfangsjahren des Internets stammt, und von Cloud Computing, Big Data und mobilen Apps noch nicht die Rede war.

Die Richtlinie hatte den Mitgliedsstaaten Spielraum bei der Umsetzung in nationales Recht zugestanden. Diesen **Flickenteppich** soll die Verordnung beseitigen. Zudem ist die **DSGVO – anders als eine Richtlinie – vom Zeitpunkt ihres Inkrafttretens an unmittelbar geltendes Recht innerhalb der EU.**

# „Alles nichts Neues“ oder besser „nicht alles neu“

Das Inkrafttreten der DSGVO **bedeutet nicht**, dass der Datenschutz in Deutschland plötzlich **von 0 auf 100** gefahren wird.

Im Gegenteil:

**Deutschland hatte schon zuvor** mit seinem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), den Landesdatenschutzgesetzen (LDSG) und weiteren Vorschriften wie etwa der beruflichen Schweigepflicht ( § 203 StGB) einen **international vorbildlichen Rechtsrahmen in Sachen Datenschutz**.

Statt dieser bewährten Vorschriften gilt nun nicht etwa allein die DSGVO – vielmehr mussten und müssen die vorhandenen Gesetze an die neue Datenschutz-Grundverordnung angepasst werden.



# „Alles nichts Neues“ oder besser „nicht alles neu“

## Auch das galt schon vor der DSGVO:

- Datenschutz im Krankenhaus steht im engen Zusammenhang mit der **ärztlichen Schweigepflicht**.
- Die Krankenhäuser haben dafür zu sorgen, dass **nicht jeder** Beschäftigte **auf alle Patientendaten zugreifen** kann.
- **Es gilt das Prinzip:**  
**Jeder darf nur auf solche Daten zugreifen, die er für seine Aufgaben benötigt.**

## Besondere Daten, besonderer Schutz ....

- Datenschutz, und insbesondere wenn es um „besondere Kategorien personenbezogener Daten“ wie Gesundheitsdaten geht, versteht sich generell als

„**Verbot mit Erlaubnisvorbehalt**“

→ heißt konkret und ist nicht wirklich neu:

**Einwilligung** des Patienten legitimiert die Ausnahme

- **Neu und konkretisiert:**

Die Einwilligung darf **nicht „nebenbei“** erfolgen:

*„Die betroffene Person hat in die Verarbeitung der genannten personenbezogenen Daten für einen oder mehrere festgelegte Zwecke ausdrücklich eingewilligt“.*

→ nachweisbare Dokumentation des **expliziten Einverständnisses**

## „Betroffene“ haben Anspruch auf

- eine transparente Darstellung der **Verarbeitungsvorgänge** in verständlicher Form
- die Erfüllung der bestehenden **Informationspflichten** über Verarbeitung und **Zweck**
- Auskunft über die geplante **Dauer der Speicherung**
- **Berichtigung und Löschung** („**Recht auf Vergessenwerden**“).
- Auskunft (grundsätzlich **unentgeltlich** und **innerhalb eines Monats**)

Krankenhäuser müssen, als verarbeitende Unternehmen kritisch eingestufte Gesundheitsdaten, ein

## **Verzeichnis aller Verarbeitungstätigkeiten**

schriftlich / elektronisch führen und der Aufsichtsbehörde auf Anfrage zur Verfügung zu stellen.

Dies gilt für alle Verfahren mit denen personenbezogene Daten systematisch verarbeitet werden, also auch die Mitarbeiter-, Patienten- und Lieferantendaten.

Das Verzeichnis dient als **Grundlage für die Nachweispflichten** gegenüber der Aufsichtsbehörde, für die Auskünfte / Informationen an Betroffene, das interne Risikomanagement etc....

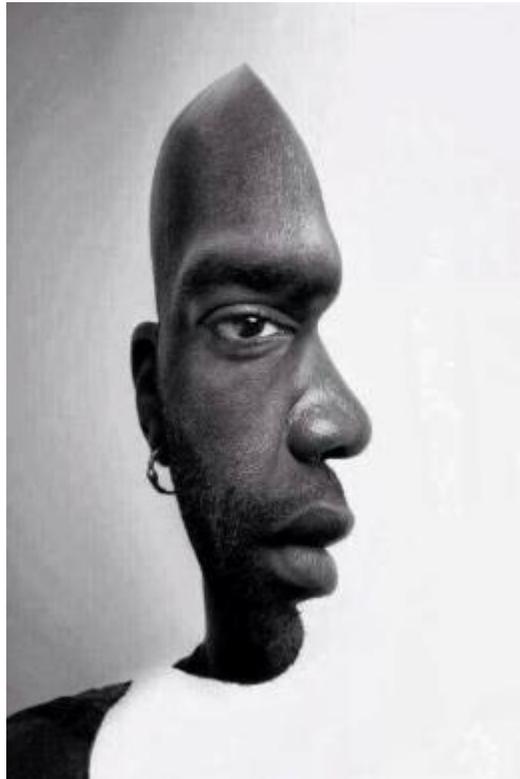
Auf Basis des vorgestellten **Verzeichnisses aller Verarbeitungstätigkeiten** müssen Krankenhäuser eine

## **Datenschutz-Folgenabschätzung**

vornehmen – und dokumentieren!

Hier müssen vier Fragenbereiche beantwortet werden:

- Welche Datenverarbeitung erfolgt und zu welchen Zwecken?
- Ist sie notwendig und verhältnismäßig?
- Welche Risiken für die Rechte der Betroffenen besteht hierbei?
- Wie werden diese Risiken beherrscht (Schutzmaßnahmen: **IT-Sicherheitsprozesse, Berechtigungsmanagement, etc...**)?



Der **bürokratische Aufwand**, beginnend mit dem Verzeichnis aller Verarbeitungstätigkeiten und nicht endend mit der Datenschutz-Folgenabschätzung, ist für die Kliniken enorm.

Schon jetzt ist in vielen Kliniken das vorhandene **Personal** stark belastet.

Mehr **Geld** für Personal stehen jedoch nicht in Aussicht.

Auch für den notwendigen **Ausbau der Infrastruktur**, Grundvoraussetzung für eine praktische Umsetzung der DSGVO in den Krankenhäusern, fehlen die Mittel.



Durch den neuen Begriff des „**Verantwortlichen**“ kommt der Krankenhausleitung eine besondere Verantwortung bei der Umsetzung der DSGVO zu.



Die Verantwortung für die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Grundlagen liegt bei der Krankenhausleitung:

- Nur diese hat die notwendigen **Entscheidungsbefugnisse**, um Maßnahmen umzusetzen, Aufgaben festzulegen und zu delegieren.
- Sie hat deshalb **klare Regelungen** für die **Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten** aufzustellen und die Mitarbeiter entsprechend dafür zu sensibilisieren.



**Wer sich darauf verlässt, dass die Aufsichtsbehörden auf Konsens setzen und man sich – wie bisher – als bußfertiger Sünder exkulpieren kann, der irrt.**

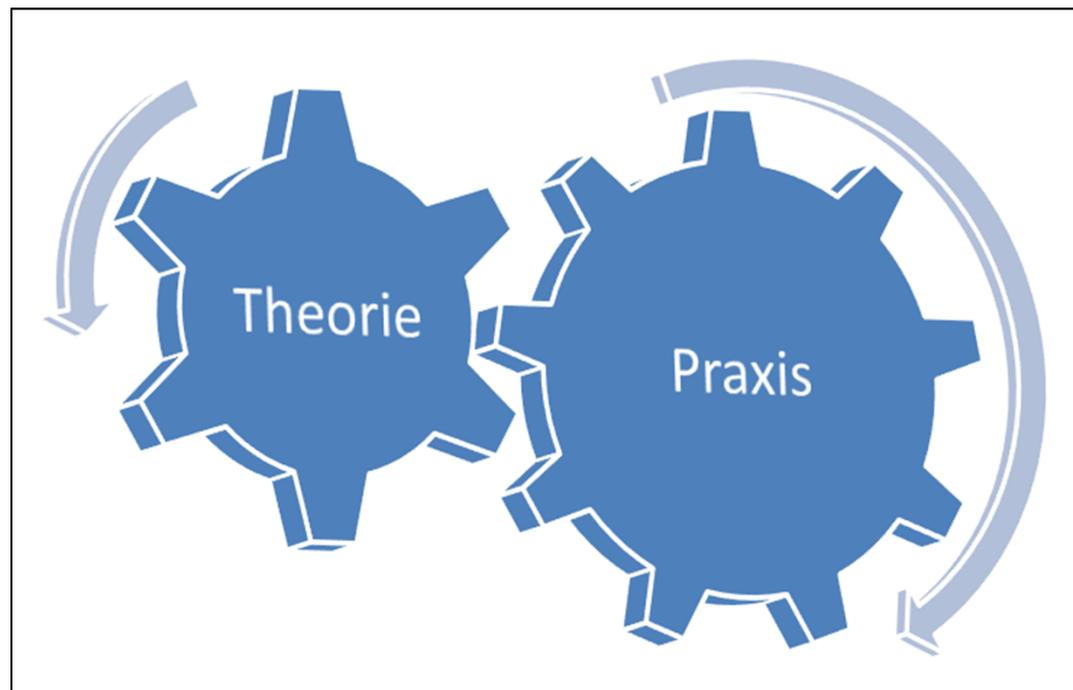
- In der Vergangenheit waren Bußgelder bis 50.000 EUR die Regel, und die höheren Summen bis 300.000 EUR die Ausnahme. Die DSGVO geht weit darüber hinaus, bis zu **20 Mio € oder 4% des weltweiten Jahresumsatzes** eines Unternehmens
- Nach der DSGVO **müssen** Verstöße bestraft werden – **bisher** lag dies **im Ermessen der Aufsichtsbehörden**.
- Dies Aufsichtsbehörden werden ab jetzt zudem deutlich häufiger von Verstößen erfahren, denn es besteht eine **Meldepflicht (binnen 72 h !!)**, die es unter dem alten BDSG nicht gab.

Mittlerweile machen die Aufsichtsbehörden in ganz Europa ernst und fangen an, Verstöße beim Schutz personenbezogener Daten zu sanktionieren.

**Ein portugiesisches Krankenhaus** wurde zu einer Strafe von 400.000 Euro verdonnert. Die Einrichtung soll zu vielen Personen Zugriff auf Patientendaten gewährt haben. Dies erfolgte dadurch, dass **dreimal so viele Benutzer mit dem Nutzungsprofil „Arzt“ in den Systemen des Krankenhauses geführt worden sind, als ursprünglich freigegeben wurde**. Somit fanden Zugriffe auf Gesundheitsdaten statt, die nicht hätten passieren dürfen.

→ **Klassische Nichtbeachtung des funktionsgeleiteten Berechtigungskonzepts**

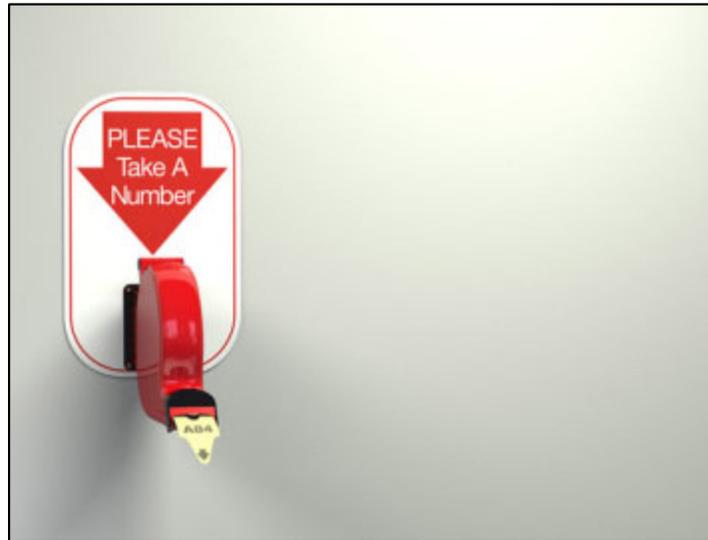
Nur solche Personen dürfen organisationsintern auf bestimmte Daten Zugriff haben, die sie bestimmungsgemäß für die Erledigung ihrer Aufgaben benötigen.



Ist das wirklich alles so gewollt ?



# Ist das wirklich alles so gewollt ?



Lassen wir unsere Patienten nun Nummern ziehen, oder fragen wir jeden Patienten, ob wir ihn im Wartebereich mit Namen aufrufen dürfen und lassen uns das vorher schriftlich bestätigen ?

Ich empfehle den Praxistest.....

# Ist das wirklich so gemeint ?

Weil die deutsche Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung die **aufwendige Dokumentation von Alltagshandlungen** fordert, steht sie – zumindest an vielen Stellen - dem **Grundsatz der Datensparsamkeit diametral entgegen**.

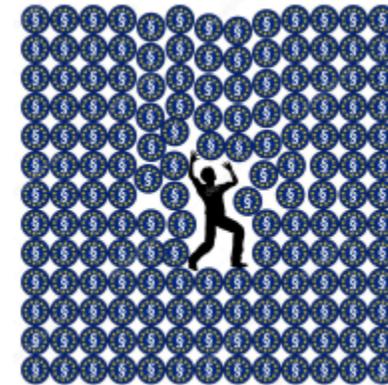


In der Antike, im Mittelalter und in der frühen Neuzeit wurden Krankheiten oft mit **Therapien** behandelt, **die schädlicher waren als die Krankheit selbst**.

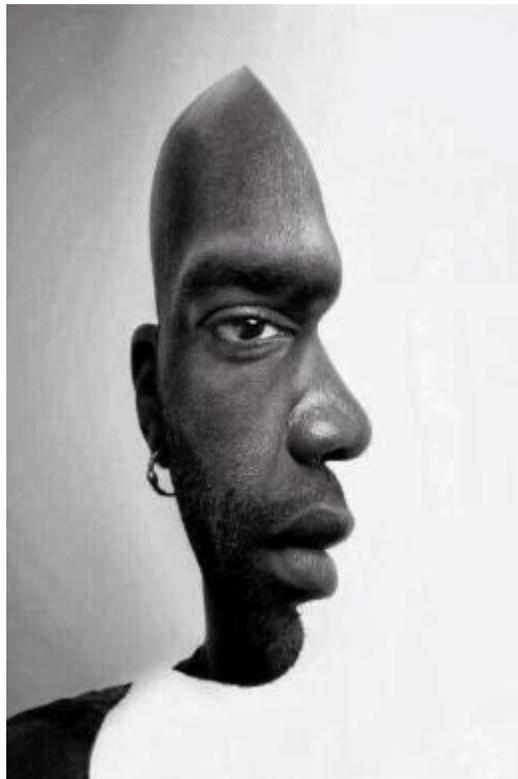
Könnte das – zumindest in Teilen - auch für die DSGVO gelten.... ?

# Viel hilft viel - Hilft viel wirklich viel ?

## Mehr Paragraphen zum Datenschutz bewirken nicht zwangsläufig mehr Datenschutz!

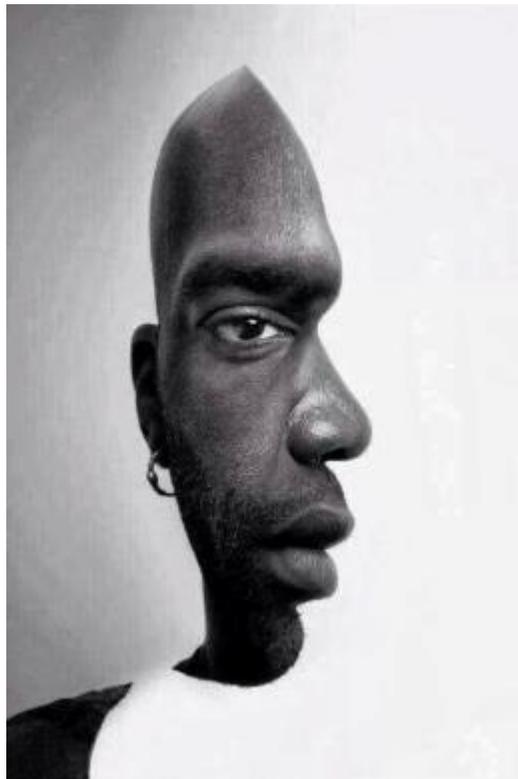


- Kleinteiligkeit führt leicht zu einer **Überregulierung**
- Zu viele Pflichten bergen die Gefahr, dass diese in der Praxis nicht beachtet werden, und damit die Legitimität des Rechts insgesamt untergraben wird.
- Das hehre Ziel, Europas Bürgern die Hoheit über ihre Daten zurückgeben stets im Blick, steht doch der **Nutzen in einem zumindest fragwürdigen Verhältnis zum Aufwand** der Datenschutz-Grundverordnung.



Datenschutz ist gut, wichtig und richtig.

Die DSGVO geht aber an vielen Stellen weit darüber hinaus und legt ein **starres Verfahren** fest, das in hohem Maße **Arbeitskraft und Finanzmittel in Krankenhäusern bindet**, die dringend für die eigentliche Behandlung und Betreuung von Patienten gebraucht wird.



Die **Klagelieder** hinsichtlich einer „gesetzlich verordneten bürokratischen Überregulierung“ der DSGVO, die uns „so lähmt wie viele kleine Fesseln den Riesen Gulliver lahm gelegt haben“, sind nachvollziehbar.

Gleichwohl ruft die Gesellschaft aber ständig nach neuen Schutzrechten und **noch perfekteren sozialen Sicherungssystemen**, die dem Bürokratieaufbau unweigerlich Vorschub leisten ....

Danke für Ihre Aufmerksamkeit

